

## **Kreistagssitzung am 20.03.2013**

### **Rede Landrat Rosenke**

**(es gilt das gesprochene Wort)**

Anrede,

wir wollen heute den Haushalt 2013 beschließen.

Damit setzen wir sozusagen den Schlusspunkt auf ein  
Beratungsverfahren, das erstmals nach neuen Regeln  
funktioniert.

Bei der Einbringung des Haushaltes habe ich die Grundzüge  
und der Kämmerer die Details in einer  
Informationsveranstaltung sehr ausführlich dargestellt.

Um Sie nicht mit Wiederholungen zu langweilen, schildere ich  
sie nicht mehr ausführlich, sondern nenne nur das Stichwort  
„Benehmen“.

Eine Form der Mitwirkung bei einem Rechtsakt, so würden die  
Juristen unter uns formulieren.

Aber die Entscheidung, die im Benehmen mit einer anderen Stelle zu treffen ist, ist nicht unbedingt mit dem Einverständnis der anderen Stelle zu fällen.

Vielmehr kann auch von der Äußerung der beteiligten Stelle aus sachlichen Gründen abgewichen werden.

Aber im Rahmen der Benehmensherstellung ist von einer gesteigerten materiellen Rücksichtnahme der ausführenden Stelle auszugehen, die sich in einer ernsthaften Bemühung um die Herstellung des Einvernehmens äußert.

So sind wir gemeinsam das Verfahren angegangen.

Ich gebe zu, die Zeit war knapp bemessen, Sie dürfen das in Ihren Haushaltsreden geißeln, ich sage „mea culpa“ und gelobe Besserung!

Aber ging es mit dem Benehmensverfahren aus politischer Sicht noch recht gemächlich voran – für die Verwaltung kann man das allerdings keinesfalls sagen!

So gestaltet sich das weitere Beratungsverfahren seit Januar relativ rasant.

Im Rückblick ging es für viele quasi Schlag auf Schlag.

Das zeitliche Tempo hinderte Sie, meine Damen und Herren, jedoch nicht an einer ausführlichen Beratung der Ihnen wichtigen Themen.

Ich habe mir aus vielen Sitzungen berichten lassen und stelle zusammenfassend fest, dass die Politikerschelte, die man teilweise geradezu als „mainstream“ betrachten kann, ungerechtfertigt ist, wenn es um den hier anwesenden Kreistag geht.

Denn hier wird wirklich versucht, für unsere Bürgerinnen und Bürger die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Selbstverständlich gibt es über den richtigen Weg unterschiedliche Meinungen – und das ist auch gut so und notwendig in einer Demokratie.

Bei allen Differenzen meine ich aber feststellen zu dürfen, dass wir einen großen Konsens über sehr viele Positionen haben.

Anrede,

betrachtet man die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zum Haushalt, dann wäre es eher übertrieben von einem großen Konsens zu sprechen.

Allerdings meine ich, dass man dies relativieren muss, denn meines Erachtens liegt es in der Natur der Sache, dass es unterschiedliche Meinungen zwischen Umlagezahler und Umlageerheber gibt.

Dies gilt insbesondere in diesen schlechten finanziellen Zeiten.

Aber letztlich ist es nach wie vor so, dass nur Bund und Land die Finanzmisere der Kommunen beseitigen können.

Und an der Beseitigung mangelt es trotz vielversprechender erster Ansätze immer noch.

An vielversprechenden Ansätzen darf ich in Erinnerung rufen:

- Die schrittweise Entlastung bei der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte
- Das Gutachten der Professoren Junkernheinrich und Lenk
- Der Stärkungspakt Stadtfinanzen

Allerdings muss man feststellen, dass trotz dieser Ansätze die Decke nicht reicht, solange man **nicht** der Ansicht ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern auch vierstellige Hebesätze bei den Realsteuern zumutbar sind.

Wäre es so, dass die Finanzmisere ausschließlich oder zumindest überwiegend kommunal verursacht ist, dann könnte man auch nichts gegen vierstellige Hebesätze einwenden.

Dann wären wir auch die Verursacher!

Es muss aber festgestellt werden, dass die Ursachen gerade nicht auf der kommunalen Ebene zu finden sind.

Es sind vielmehr die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, die dazu führen, dass den Kommunen

Aufgabenerweiterungen und Mehrkosten entstehen, ohne dass eine adäquate Finanzierung zugestanden wird.

Beispiele gibt es zuhauf, ich habe in der Vergangenheit auf diverse hingewiesen.

Aber auch aktuell erleben wir immer wieder, dass Ministerien versuchen, die Konnexitätsregelungen zu unterlaufen.

Ich möchte an dieser Stelle nur ein aktuelles Beispiel aufgreifen:

Das Bundeskabinett hat vor zwei Wochen den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde beschlossen.

Das Gesetz soll zwar erst 2015 in Kraft treten, es geht aber auch hier einmal mehr um neue Verpflichtungen, die nach Einschätzung der Spitzenverbände beträchtlichen Verwaltungsmehraufwand erzeugen werden.

Dennoch gibt es auch Anlass zu vorsichtigem Optimismus:

Sowohl SPD als auch CDU haben für die nächste Legislaturperiode im Bund angekündigt, die kommunalen Finanzen verstärken zu wollen.

Ich hoffe doch sehr, dass dies dann auch entsprechend kurzfristig umgesetzt wird.

Anrede,

ich komme zurück auf die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden.

Und zunächst möchte ich positiv festhalten, dass sich der Stil gewandelt hat, was man insbesondere im Vergleich zum Dezemberbrief feststellen kann.

Wenn ich die Inhalte der Stellungnahmen ansehe, dann stelle ich fest, dass es, wie eben schon erwähnt, naturgemäße unterschiedliche Auffassungen gibt wie z.B. zu Personal oder freiwilligen Leistungen.

Gleichzeitig meine ich aber auch zu erkennen, dass die Sparbemühungen des Kreises, ich meine damit sowohl Kreistag als auch Kreisverwaltung, entweder nicht so richtig wahrgenommen oder aber nicht gewürdigt werden.

Ob zweimalige umfassende Aufgabenkritik, Personalausgabeneinsparkonzepte oder schlicht die jährlichen Sparbemühungen: **wir haben gemeinsam viel getan.**

Selbstverständlich gehen die Ergebnisse dem einen zu weit und dem anderen nicht weit genug.

Das ändert aber nichts daran, dass wir uns intensiv mit allen Aufgabenstellungen auseinander setzen.

Insbesondere das Personalkorsett kann nicht anders als eng beschrieben werden.

Und das hat seine Gründe – denn auf eine sparsame Personalbewirtschaftung wird ja nicht erst seit letztem Jahr geachtet, es sei nur an die 90er Jahre erinnert.

Auch die freiwilligen Leistungen sind so ein Thema:

Wir haben in der Aufgabenkritik wiederholt jede einzelne Leistung diskutiert und uns am Ende entschieden, ob und ggf. wie wir sie fortsetzen.

Insgesamt müssen wir feststellen, dass all unsere Einsparerfolge angesichts der äußeren Einflüsse kaum mehr sichtbar werden.

Das ändert trotz alledem nichts an der Tatsache, dass wir hier viel erreicht haben.

Dass die bisherigen Erfolge in der Vergangenheit und nicht in der Zukunft liegen, bedeutet jedoch, dass das Einsparpotential weitaus geringer ist als bei denjenigen, die erst später mit dem Sparen angefangen haben.

Anrede,

einigen wenigen Stellungnahmen entnehme ich den Vorwurf einer zu ausführlichen Darstellung von Informationen im Haushaltsentwurf.

In meinen Anfangsjahren als hauptamtlicher Landrat habe ich so manches Mal den Vorwurf gehört, unser Haushalt sei nicht transparent genug – man wisse ja gar nicht, wofür die Kreisumlage verwendet wird.

Ich meine, dass wir seit Einführung des Produkthaushaltes das Ziel erreicht haben, sehr transparent darzustellen, woraus unser Zuschussbedarf resultiert.

Und ich denke, wir haben gut daran getan.

Wir als Verwaltung versuchen, über all das zu informieren, was von unserem Adressaten Nr. 1, dem Kreistag, erwünscht wird.

Anrede,

abschließend noch etwas zum Gefüge von ländlichem Raum zu Großstädten:

Ich freue mich, dass unsere Informationsveranstaltung vor zwei Monaten den Impuls innerhalb des Kreises Euskirchen gesetzt hat, sich einmal mit der ungerechten Mittelverteilung und insbesondere mit der sogenannten Einwohnerveredelung zu befassen.

Bis zu unserer Haushaltsvorstellung war der Name Popitz sicherlich weitgehend unbekannt.

Betrachtet man die Situation beim GFG, muss man leider konstatieren, dass die Lobby der kreisfreien Städte nach wie vor stärker ist.

Ich möchte daher an alle Entscheidungsträger appellieren: bringen Sie sich ein, um die nicht gerechtfertigte Benachteiligung des kreisangehörigen Raums zu beseitigen.

Die Kreistagsfraktionen möchte ich bitten, sich in den Parteien dafür einzusetzen, dass insbesondere die Einwohnerveredelung bald Geschichte ist.

Anrede,

ich möchte mich heute auf diese kurzen Betrachtungen beschränken.

Ich meine, der vorgelegte und über die Veränderungsliste modifizierte Haushalt 2013 ist ein solides Werk, das Ihre Zustimmung verdient.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.